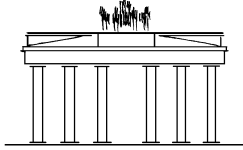
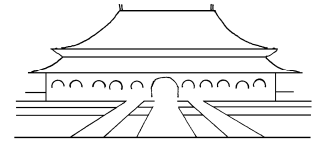


Deutsch-Chinesischer Freundschaftsverein e.V.



Ludwigsfelde



Informationsblatt Nr. 15

1. Die antichinesische Tibet — Kampagne

Tibet - einige Fakten

(zusammengestellt von Rolf Berthold)

Allgemeine Angaben:

Größe des Autonomen Gebietes Tibet: 1,228 Millionen Quadratkilometer Bevölkerung: 2,8 Millionen, davon über 90 % Tibeter, insgesamt 8 Nationalitäten Das Autonome Gebiet Tibet wurde am 1.9.1965 gegründet.

Zur Geschichte:

Eine Prinzessin des chinesischen Kaiserhofes wurde **641 u. Z.** mit dem König des tibetischen Reiches verheiratet. So begann die Zugehörigkeit Tibets zu China.



Antikommunistischer Furor: Begegnung zwischen einem China-Kritiker und einer Unterstützerin der Olympischen Spiele in Peking (San Francisco, 09.04.2008)

Mitte des **13. Jahrhunderts** war Tibet offiziell in das chinesische Territorium eingegliedert. Tibet wurde wie die anderen Teile des Landes durch die Strukturen des chinesischen Kaiserreiches verwaltet.

Die Politik der entwickelten kapitalistischen Mächte, China unter sich in Einflussphären aufzuteilen, wurde insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorangetrieben. China wurde zu einer Halbkolonie. 1888 und 1903 überfielen britische Truppen von ihrer indischen Kolonie aus Tibet, um es seiner Einflussphäre einzugliedern. Die britischen Truppen besetzten zeitweise Lhasa, der XIII. Dalai Lama musste 1904 fliehen. Tibetische Behörden gaben unter britischem Druck **1913** eine „**Unabhängigkeitserklärung**“ ab, die auf den Widerstand der chinesischen Zentralregierung stieß und auch international nicht anerkannt wurde.

Großbritannien forderte die Übernahme der Finanzen und der Verteidigung Tibets, also die schrittweise Kolonialisierung.

Es entspricht nicht der historischen Wahrheit, wenn heute in der bürgerlichen Presse und in einigen Geschichtsbüchern behauptet wird, Tibet sei in der Zeit von dem Sturz der Kaiserherrschaft in China 1911 und der Gründung der Volksrepublik China 1949 de facto ein unabhängiger Staat gewesen.

In seiner Antrittsrede als erster provisorischer Präsident der Republik China verkündete **Sun Yat Sen** am **1.1. 1912** die Vereinigung der Han, Mandschuren, Mongolen, Hui und Tibeter in einem Staat, zu Mitgliedern einer großen Familie.

Die **Provisorische Verfassung der Republik China** legte eindeutig fest, dass Tibet Bestandteil des Territoriums der Republik China ist. Die Vertreter der tibetischen Lokalregierung nahmen an offiziellen Akten der Guomindang zur Bildung der Nationalregierung und der Nationalversammlung teil. Entsprechend der mehrere Jahrhunderte bestehenden Prozedur wurde auch der XIV. Dalai Lama 1940 durch die Zentralregierung bestätigt. Die Guomindang-Regierung hatte ihre Vertreter in Tibet stationiert.

In der Endphase des Bürgerkrieges, in der sich die Niederlage der Tschiang Kai Schek — Truppen immer deutlicher abzeichnete, und besonders **nach der Gründung der Volksrepublik China** haben die **USA ihre Aktivitäten in dieser Region intensiviert..** Die USA schickten Abgesandte zu Gesprächen nach Tibet. In den USA wurde ein Pressebericht veröffentlicht, in dem es hieß, „die USA sind bereit, Tibet als ein unabhängiges und freies Land anzuerkennen“.

Waffen und Munition wurden nach Tibet geliefert, um dem Einmarsch der Volksbefreiungsarmee Widerstand entgegen zu setzen. Am 8. 7. 1949 hat die tibetische Lokalregierung auf Anraten der USA die Guomindang-Beamten aus Tibet ausgewiesen, um die Befreiung Tibets durch die Volksbefreiungsarmee zu verhindern. Als im Juni 1950 der Korea-Krieg ausbrach, wurde Tibet ein Glied in der strategischen Kette der USA zur Einkreisung des Ostens. Am 13. Juni kündigte das State Departement der USA in einer Note an den britischen Botschafter in Washington an, dass die USA sehr wahrscheinlich Aktionen durchführen, um tibetische Ambitionen, sich von China loszusagen, zu ermuntern und zu unterstützen.

Im Befreiungskrieg gegen die Guomindang-Herrschaft wurden die Nachbarprovinzen Tibets friedlich befreit. Die lokalen Behörden Tibets aber lehnten Verhandlungen mit der neuen Zentralregierung ab und massierten Truppen im Osten Tibets. Deshalb wurde das **Gebiet Qamdo im Osten Tibets 1950 von der Volksbefreiungsarmee befreit. Am 23. Mai 1951 wurde ein Abkommen über die Friedliche Befreiung Tibets** zwischen der Zentralregierung und der Lokalregierung Tibets unterzeichnet. Dalai Lama und Panchen Lama nahmen 1954 an dem Ersten Nationalen Volkskongress teil, auf dem die Verfassung der Volksrepublik China angenommen wurde, die auch die Prinzipien der nationalen Gebietsautonomie festlegte.

Auch nach der friedlichen Befreiung Tibets **setzten die USA ihre Einmischung fort.** Im Juli 1951, kurz nach der friedlichen Befreiung Tibets, traf Thubten Norbu, der älteste Bruder des damals 16-jährigen Dalai Lama in New York ein und führte Geheimgespräche mit den US-Behörden unter Mitwirkung der CIA. Zur gleichen Zeit unterzeichnete ein weiterer älterer Bruder des Dalai Lama, Gyalo Thondup, eine Vereinbarung mit der CIA über Nachrichtenbeschaffung und Guerillakampf in Tibet. Die USA begannen mit der Ausbildung von tibetischen Terroristen, u.a. in Colorado.

Bis in die 50er Jahre herrschte in Tibet finsterste Leibeigenschaft. 5 % der Bevölkerung bildete die herrschende Schicht, darunter der weltliche und der geistliche Adel in den Klöstern, 90 % der Bevölkerung waren Leibeigene und 5 % waren Sklaven. Die Feudalherren widersetzten sich Reformen und verstärkten mit Unterstützung der CIA separatistische Bestrebungen. Am 10. März 1959 inszenierten sie einen bewaffneten Putsch in Lhasa mit dem Ziel, Tibet von China loszutrennen. Am 17. März wurde der zu jener Zeit 23-jährige Dalai Lama, an die Grenze zu Indien verbracht, von wo aus die Aufrührer nach dem Scheitern des Putsches nach Indien flohen.

Die CIA unterstützte den Dalai Lama bei seiner Flucht nach Indien auf vielfältige Weise. Flugzeuge der CIA drangen Hunderte von Meilen in den chinesischen Luftraum ein, um die Flüchtlinge zu eskortieren, sie beobachteten die Bewegungen der chinesischen Volksarmee, warfen Lebensmittel, Landkarten, Rundfunkempfänger und Geld für die Flüchtenden ab, ein in den USA ausgebildeter Tibeter begleitete den Fluchtkonvoi des Dalai Lama.

Der Putsch wurde niedergeschlagen und demokratische Reformen eingeleitet. Dadurch wurde das System der theokratischen feudalen Leibeigenschaft aufgehoben, die Leibeigenen und Sklaven wurden befreit. 1961 fand in Tibet die erste allgemeine Wahl statt.

Der Tibeter Dainmba kehrte nach langjährigem Aufenthalt im Ausland, darunter in einem speziellen Ausbildungslager für Tibeter in Colorado, USA, nach China zurück. Er äußerte im Mai 1991 zu seinem Aufenthalt in Colorado: ein Politikinstrukteur dieses Ausbildungslagers hat erklärt, um zu verhindern, dass China reich und stark wird, bestehe die Strategie darin, China zu teilen, solange es noch arm ist. Das erste Ziel sei die Lostrennung Tibets, dann von Xinjiang, danach der Inneren Mongolei und schließlich der Mandschurei.

Die USA unterhielten eine Reihe von Lagern, in denen Tibeter für Sondereinsätze in Tibet vorbereitet wurden. Nach offiziellen Verlautbarungen von USA-Dienststellen sollen diese nach dem Nixon-Besuch in China 1972 und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China 1976 aufgelöst und die finanzielle und waffentechnische Unterstützung für die tibetischen Separatisten beendet worden sein.

Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre haben die USA mit dubiosen Mitteln versucht, sie sog. „Tibet-Frage“ in der UNO auf die Tagesordnung zu bringen. Später wurde die „Tibet-Frage“ eine Karte in der „Menschenrechts-Diplomatie“ der USA. Am 18. Juni 1987 hat das Repräsentantenhaus der USA eine EntschlieÙung „Chinas Verletzung der Menschenrechte in Tibet“ angenommen. Sie wurde Bestandteil des US Foreign Relations Authorisation Act für die Jahre 1988 - 1989. Parlamente anderer westlicher Staaten, u.a. das Europa-Parlament, folgten mit inhaltsgleichen Dokumenten.

Am 21. September 1987 sprach der Dalai Lama vor dem Menschenrechtskomitee des Repräsentantenhauses der USA. Es ist sicher nicht zufällig, dass wenige Tage danach, am **27. September 1987, erstmals seit 1959 in Lhasa Unruhen** ausbrachen mit der Forderung nach „Unabhängigkeit Tibets“.

Am 14. Oktober 1987 fand im Komitee für Auswärtige Beziehungen des Repräsentantenhauses eine Anhörung über Menschenrechte in Tibet statt, bei der versucht wurde, Druck auf China auszuüben. In den Jahren 1987 bis 1989 ereigneten sich in Tibet zahlreiche Unruhen, die Menschenleben kosteten und große Zerstörungen zur Folge hatten. Diese wurden von tibetischen spalterischen Elementen im Ausland geplant und angezettelt, blieben aber ohne Erfolg für die Spalter. In den Folgejahren haben die USA, die anderen imperialistischen Staaten und ihre tibetischen Verbündeten ihre Politik, teilweise mit veränderter Stimmlage, fortgesetzt. Es soll hier nur am Rande auf die terminliche Nähe der Aktionen der USA 1987 — 1989 zu den Ereignissen Mitte 1989 in Beijing und danach in Europa hingewiesen werden.

Gestützt auf den „Foreign Relations Authorisation Act 2003“ vom September 2002 gab Präsident Bush am 8. Mai 2003 einen Bericht über „Tibet Verhandlungen“ an den US-Kongress. In diesem Bericht wird einerseits wiederholt, dass die USA Tibet als Bestandteil der Volksrepublik China betrachten, gleichzeitig wird für Tibet „wirkliche Selbstbestimmung“ gefordert und von der chinesischen Regierung verlangt, das einzigartige, religiöse, linguistische und kulturelle Erbe des Volkes von Tibet sowie dessen Menschenrechte und Freiheiten der Bürger zu respektieren. Die

USA äußern sich für einen „substantiellen Dialog“ der zu einer Verhandlungslösung der „Tibet betreffenden Fragen“ führen soll.

Kein Staat der Erde, so auch nicht die USA, hat Tibet jemals als souveränen Staat anerkannt oder diplomatische Beziehungen mit der in Dharamsala (Indien) residierenden „tibetischen Exilregierung“ aufgenommen (auch Indien nicht). Selbst der US-Botschafter in China erklärte bei seinem Besuch in Lhasa am 17. April 1997: seit der Ära Sun Yat Sens hat die US-Regierung stets Tibet als unzertrennbaren Teil Chinas anerkannt.

Das Autonome Gebiet Tibet:

Auf der Grundlage der Verfassung der Volksrepublik China von 1954 wurde am 1. September 1965 das Autonome Gebiet Tibet offiziell gegründet. Tibet hat ein Territorium von 1,2 Millionen Quadratkilometern, 2,8 Millionen Einwohner (davon 90 % Tibeter und 6 % Han) Wirtschaft und Lebensstandard haben sich auch unter den extrem harten Naturbedingungen (durchschnittliche Höhenlage über 4000 m, schwierige Verkehrsbedingungen und Energieversorgung usw.) deutlich entwickelt. Kultur, Bildung und Gesundheitswesen haben deutlich positive Veränderungen erfahren. Der rekonstruierte Potala-Palast ist Zeuge des Aufblühens der Region.

Beispiele für die Autonomie in Tibet:

Zentrale Gesetze können nach den lokalen Gegebenheiten flexibel gehandhabt werden. Das Neujahrsfest und andere Feste werden entsprechend dem tibetischen Kalender gefeiert, unter Berücksichtigung der Natur- und Klimabedingungen beträgt die Arbeitswoche 35 Stunden. Es gibt flexible Bestimmungen zum Ehegesetz (Polyandrie und Polygynie können als eheliche Beziehungen aufrecht erhalten werden)

Tibetisch und Chinesisch sind gleichberechtigte Amtssprachen, wobei Tibetisch an erster Stelle steht.

Das Bruttoinlandsprodukt erreichte bereits im Jahre 2000 das dreißigfache im Vergleich zu 1951. Über 90 % der schulpflichtigen Kinder besuchen heute die Schule, im alten Tibet waren das nur 2 %; 95 % der Jugendlichen und Erwachsenen waren Analphabeten (heute unter 30 %).

In Tibet arbeiten 25 wissenschaftliche Institute und 4 Universitäten. 80 % der Kader Tibets gehören der Tibeter oder anderen nationalen Minderheiten an. Seit Gründung des Autonomen Gebietes Tibet wurden 1400 Klöster und Tempel renoviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Mehrheit der tibetischen Bevölkerung bekennt sich zum tibetischen Buddhismus. Aber auch Islam und Katholizismus haben in Tibet Anhänger. Es gibt über 1700 Stätten für tibetischbuddhistische religiöse Handlungen, etwa 46.000 buddhistische Mönche und Nonnen, vier Moscheen und 3000 Moslems, eine katholische Kirche und 700 Katholiken.

Die Bevölkerung Tibets wuchs von 1,4 Millionen 1951 auf 2,7 Millionen 2003, davon 2,5 Millionen angehörige der tibetischen Nationalität. Die Lebenserwartung stieg von 35,5 Jahre auf 67 Jahre.

Tibet verfügt über 41.000 km befestigte Straßen und eine über 1000 km lange Erdölleitung von Golmud nach Lhasa, mit der die Treibstoffversorgung gesichert wird. 2007 wurde die erste Bahnstrecke nach Lhasa in Betrieb genommen. 18 Naturschutzgebiete haben eine Gesamtfläche von 33,9 % des Territoriums von Tibet (das sind 416.000 Quadratkilometer, mehr als die Fläche der BRD)

Fakten zur jüngsten Entwicklung:

Der aktuellen Entwicklung ging eine Reise des Dalai Lama durch mehrere westliche Hauptstädte voraus, bei der er auch von Kanzlerin Merkel empfangen wurde und die im Oktober letzten Jahres in Washington endete. Bereits im Mai letzten Jahres fand in Brüssel eine „Tibet-Konferenz“ statt, zu der die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung eingeladen hatte. Dort wurden „Chancen ausgelotet“, „die sich „den Tibetern mit den Olympischen Spielen im kommenden Jahr in China bieten“. Im November folgte in Berlin eine Veranstaltung des „Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag“, welche „Tibet und Olympia“ zum Thema hatte. Nach dem Veranstaltungsbericht beinhaltete die Diskussion „hauptsächlich die Frage, ob die Olympischen Spiele einen Hebel bieten, mit dem die Tibet-Politik Chinas beeinflusst werden kann“.

Am 4. Januar 2008 wurde im indischen Exil des Dalai Lama mit dessen ausdrücklicher Billigung ein exiltibetischer Kampfverband, die „Tibetan People's Uprising Movement“ (TPUM) gebildet, die aus Mitgliedern des militanten „Tibetan Youth Congress“ besteht. Ihr erklärtes Ziel: „direkte Aktionen“ durchzuführen, „wir werden den historischen Moment der Olympischen Spiele dazu nutzen ... das Ende der chinesischen Besetzung herbeizuführen“.

Das war eine Neuauflage einer Ende der 80er Jahre gebildeten exiltibetischen Terrororganisation. Kurz nach dieser Gründung kam es zu ersten Gewaltakten in Lhasa und anderen Orten. Es besteht kein Zweifel mehr, dass TPUM maßgeblich an den Gewaltakten in Lhasa und anderen Orten beteiligt war.

Der **Botschafter der Volksrepublik China** in der BRD erklärte in einer Ansprache in Berlin am 27. 3. 2008:

„Aber es gibt Menschen in der Welt, die meinen, die Olympiade in China sei eine gute Gelegenheit, China unter Druck zu setzen ... es gibt sogar Boykottandrohungen. Ich sage hier ganz offen, das alles ist nicht korrekt. China begrüßt alle gutwilligen Kritiken und Ratschläge, aber China wird sich niemals dem Druck beugen. China hat nach 30 Jahren Öffnung und Reform einen richtigen Weg für seine Entwicklung gefunden: den sozialistischen Weg chinesischer Prägung. Mit oder ohne Olympiade wird China diesen Weg unbeirrt weiter gehen“.

„Noch zu zwei Argumenten:“

- Tibet gehöre nicht zu China, weil die Tibeter ethnisch und kulturell nicht zum „chinesischen Volk“ gehören.

Es ist richtig, dass das tibetische Volk ethnisch und kulturell nicht zum Volk der Han gehört. In China leben insgesamt 55 nationale Minderheiten, sie bilden mit der Nationalität Han, die über 90 % der Gesamtbevölkerung Chinas ausmachen, das chinesische Volk. Allein in Tibet leben 8 verschiedene Nationalitäten.

- Das Territorium von Tibet sei früher viel größer als das jetzige Autonome Gebiet Tibet gewesen.

Das Autonome Gebiet Tibet ist das Gebiet mit dem größten Anteil von Tibetern (über 90 % der Bevölkerung von 2,8 Millionen auf einem Gebiet von 1,2 Quadratkilometern).

Es gibt andere Provinzen und Autonome Gebiete Chinas, in denen traditionell ebenfalls Tibeter wohnen, in denen aber Bürger anderer Nationalitäten den größten Teil der Bevölkerung bilden (z.B. Sichuan, Gansu, Qinghai, Ningxia).

Es geht also nicht um „einstige Teile Tibets“, wie der Dalai Lama behauptet, wenn er von einem Groß-Tibet spricht.

2. Abgeschrieben

aus „Junge Welt“ vom 10. 04. 2008

Anlässlich der aktuellen Tibet-Debatten im EU-Parlament hat JW-Leserin Elisabeth Hoffmann einen Vorschlag für eine Olympia-Resolution ausgearbeitet:

Die Vergabe der Olympischen Spiele 2016 an Chicago soll nur erfolgen, wenn die USA folgende Bedingungen erfüllen:

1. Abschaffung der Todesstrafe
2. Einstellen aller Kriegshandlungen
3. Abzug ihres Militärs aus allen von den USA besetzten Gebieten
4. Entlassung der US-Kolonie Puerto Rico in die Unabhängigkeit
5. Rückgabe des Staates Hawaii an seine Ureinwohner und Wiedereinführung der hawaiianischen Monarchie
6. Entlassung aller politischen Gefangenen in den USA und den von ihnen betriebenen Gefängnissen in anderen Ländern, sowie insbesondere Entschädigungszahlungen der seit mehreren Jahrzehnten inhaftierten Gefangenen der Black Panther Party, des American Indian Movement und der puertoricanischen Befreiungsbewegung
7. Erfüllung der Verträge mit den amerikanischen Ureinwohnern von 1870
8. Einhaltung der Menschenrechte
9. Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba sowie die Entlassung der in den USA inhaftierten Kubaner
10. Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe des/der amerikanischen Präsidenten/-in mit Vertretern der Taliban, der irakischen Milizen, Hisbollah, Hamas, FARC und aller anderen Gruppierungen und Parteien, gegen die die USA Krieg führen
11. Entschädigungszahlungen an Chile, Guatemala, Nicaragua, Nordkorea, Vietnam, Puerto Rico, Haiti, Panama, Sudan, Serbien und Somalia.

Sollten die USA diese Forderungen nicht erfüllen und dennoch die Zusage zu den Olympischen Spielen 2016 erhalten, werden all die Aktivisten, die nun schon im Vorfeld der Spiele in Peking ihre Fähigkeit im Sabotieren der olympischen Idee unter Beweis gestellt haben, dahingehend aufgefordert, das gleiche wieder zu tun. Finanziert werden sollen diese Kräfte dann durch die europäischen Geheimdienste.

Sollten die Spiele 2016 jedoch an Madrid gehen, möge das EU-Parlament den spanischen Staat dazu auffordern:

1. das Baskenland in die Unabhängigkeit zu entlassen
2. alle baskischen Gefangenen freizulassen
3. Folter in spanischen Gefängnissen zu verbieten
etc. etc.....

3. Termine

23. April 2008 - 15:00Uhr

Freundschaftstreffen in der Botschaft der Volksrepublik China in Berlin

Thema: „Die antichinesische Tibet-Kampagne“
Vortrag - Film -Diskussion

21. Juni 2008 – 10:00 Uhr

Jahreshauptversammlung unseres Vereins mit **Wahl** des Vorstandes

Ort: Gaststätte „Zur Kegelbahn“ Ludwigsfelde Potsdamer Str. 84

14. Juli bis 24. August 2008

Chinesische Festwochen

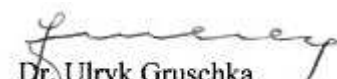
- Musik- und Tanzensemble aus Peking und Shanghai
- Medizinische Vorträge
- Reiseangebote
- Modenschauen

- Kunst- und Fotoausstellungen

und vieles mehr

Ort: Kongresshotel Potsdam, Am Luftschiffhafen

Ludwigsfelde, den 15. 04. 2008


Dr. Ulyrk Gruschka
-Vorstandsvorsitzender-